



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper Mdl

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Plenarsitzung nach der Sommerpause hatte es in sich. Die Vorgänge im Landwirtschaftsministerium wurden immer undurchsichtiger und die Ereignisse überschlugen sich stündlich. Nach nur 191 Tagen Regierungszeit haben wir eine handfeste Regierungskrise von Rot/Grün. Wer wusste was wann? Das ist hier jetzt die Kardinalsfrage und der parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) ist unumgänglich geworden. Soll hier etwas vertuscht werden? Inwieweit hat MP Weil von den Vorgängen gewusst? Hat Landwirtschaftsminister Meyer das Heft des Handelns im Ministerium noch in der Hand? Wer hat sich noch auf Kosten der Steuerzahler bedient? Fragen über Fragen, die dringend geklärt werden müssen. Was sonst noch geschah? Lesen Sie in meinen neu gestalteten Blickpunkt Wahlkreis 43. Herzlichst Ihre

Gudrun Pieper

TERMINE

- 05.09.2013** Walsrode
18.00 Uhr **175 Jahre Kreissparkasse**
- 07.09.2013**
09.30 Uhr Munster
30 Jahre Frauen Union
- 14.30 Uhr Walsrode
Eröffnung Stadtfest
- 17.00 Uhr Bad Fallingbostel
Tag der Heimat
- 15.09.2013** Neuenkirchen
11.00 Uhr **Kartoffelfest**
- 23.09.-27.09.** Hannover
Plenarsitzung

V.I.S.D.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Moorstraße 2, 29664 Walsrode
Tel.: (05161) 73046 Fax: (05161) 910702
info@gudrunpieper.de

AUDI A 8, KLIMAANLAGE, ERHÖHTE BESOLDUNG

Der Fall Paschedag wird zur Regierungskrise nach nur 191 Tagen, was wusste Weil?

Mit einem Audi A 8 beginnt der Fall Paschedag, der sich zu einem handfesten Skandal ausweitet und eine schwere Regierungskrise innerhalb der rot/grünen Regierungskoalition auslöst. Was ist geschehen? Schauen wir einmal auf die Chronologie der bisher bekannten Vorgänge, die sich jedoch stündlich ändern können:

18. Feb. Das Landwirtschaftsministerium bitte Nordrhein-Westfalen (NRW) Staatssekretär Paschedag nach Niedersachsen zu versetzen.

19. Feb. Das neu gebildete Kabinett unter MP Weil beschließt den Wechsel Paschedags von NRW nach Niedersachsen aus 'persönlichen Gründen'. Damit wird auch eine erhöhte Besoldung nach NRW-Standards ausgeschlossen.

26. Feb. Das Kabinett korrigiert seinen Beschluss und gibt nun dienstliche Gründe an. Folge: Paschedag erhält eine höhere Besoldung von 764,48 Euro monatlich und erhöhte Pensionsansprüche.

22. April Paschedag fordert einen Dienstwagen Audi A 8 an, obwohl gem. der Dienstwagenrichtlinie dieser ihm nicht zusteht. Er begründet dies mit Rückenproblemen. Dazu gibt es einen Aktenvermerk, dass MP und Minister Meyer damit einverstanden sein sollen.

Juli Erste Zeitungsberichte berichten niedersachsenweit über den unzulässigen Dienstwagen.

7. Aug. In der Bild Zeitung erscheint ein erster Bericht über den Einbau einer Klima-Anlage im Büro des Staatssekretärs und Paschedag muss seinen nicht zustehenden Dienstwagen zurückgeben.

8. Aug. Die CDU Fraktion kündigt eine Anfrage im Landtag zu den veränderten Besoldungs- und den anderen -vorkommissen an.

12. Aug. Erste Kritik an Paschedag zu der Einstellung seiner persönlichen Referentin.

Mitte Aug. Landwirtschaftsminister Meyer erfährt von dem Aktenvermerk zum Audi A 8, dass der MP und er mit dem Dienstwagen einverstanden wären. Handschriftlich hat Staatssekretär Paschedag diesen Vermerk eingetragen. **Minister Meyer unternimmt nichts.**

28. Aug. Aktuelle Stunde im Niedersächsischen Landtag zum Fall Paschedag. Die unterschiedlichen Kabinettsbeschlüsse, der Dienstwagen, den Einbau der Klima-Anlage bergen viele Fragen, die intensiv diskutiert werden. Am Abend die Aussage des MP Weil im Interview bei 'Hallo Niedersachsen' (NDR): **"Wir werden eine lange gemeinsame Zukunft haben".**

29. Aug. Umweltminister Stefan Wenzel informiert MP Weil am Vormittag über den handschriftlichen Aktenvermerk seitens Paschedag zum Dienstwagen. In der Mittagspause der Plenarsitzung beschließt MP Weil Paschedag zu entlassen.

Um 16 Uhr gibt der MP eine Regierungserklärung ab mit den Worten, dass "die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit nicht mehr gegeben sind". Eine 4- stündige Debatte schließt sich an. In dieser Debatte erklärt der MP, dass er erst am Morgen von dem handschriftlichen Aktenvermerk und den Umständen zum Dienstwagen erfahren habe. In der Debatte sind auch viele Ungeheimheiten zur höheren Besoldung des Staatssekretärs aufgetaucht. Um 21 Uhr beschliessen CDU und FDP Fraktion einstimmig, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

30. Aug. MP Weil gibt über seine Pressesprecherin Pörksen zu, dass er mit dem Staatssekretär schon mehrere Gespräche über den Dienstwagen Audi A 8 geführt habe. Der Untersuchungsausschuss wird immer dringender, die Oppositionsfraktionen formulieren den Antrag. Landwirtschaftsminister Meyer ist abgetaucht, hat aber an der Demonstration am Schlachthof Wietze am Samstag teilgenommen (als Privatmann!). **Zur wichtigen Agrarministerkonferenz schickt er einen Abteilungsleiter!**

Die Frage ist doch: Gibt es z.Zt. nichts Wichtigeres als eine Demonstration als Privatmann zu besuchen? Ich kann mich über diese Entwicklungen nicht freuen. **Der 28. August war ein schwarzer Tag für unser Agrarland Niedersachsen! Dringende Aufklärung ist erforderlich!**

PLENUM IN KÜRZE

Kommission stärkt Verbraucherrechte

So nicht, Rot-Grün - CDU fordert mehr Wertschätzung für Niedersachsens Lehrer.

Während der Plenarsitzung im niedersächsischen Landtag übt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, heftige Kritik am Umgang der Landesregierung mit den 87.000 niedersächsischen Lehrern. „Keine Berufsgruppe hatte bislang unter der Regierung Weil so zu leiden, wie die Lehrerinnen und Lehrer“, erklärte Seefried. Erst werde die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer erhöht und anschließend die zugesicherte Altersermäßigung aller Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr ersatzlos gestrichen. „Die Aussage des Finanzministers, es werde niemandem etwas genommen, außer der Hoffnung, ist in diesem Zusammenhang zynisch“, kritisierte Seefried. Der Kultusministerin warf der CDU-Schulexperte Unglaubwürdigkeit vor. „Noch im Mai hat Frau Heiligenstadt auf ihrem Dialogforum die hohe Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrer beklagt. Im August hat die gleiche Ministerin hingegen keine Hemmungen, genau diesen Lehrern zusätzliche Pflichtstunden aufzudrücken und die Mehrbelastung als vertretbar zu bezeichnen.“

Erschreckend seien zudem die öffentlichen Anfeindungen seitens Rot-Grün, mit denen die Lehrer aktuell konfrontiert würden. „Wenn sich führende Politikerinnen von SPD und Grünen, wie Frau Modder und Frau Janssen-Kucz, hinstellen und behaupten, es gäbe nicht mal zehn Prozent engagierte Lehrkräfte, ist das diffamierend und eine Beleidigung für den ganzen Berufsstand. Offensichtlich teilt Rot-Grün die Einschätzung Gerhard Schröders, der die Lehrer in einem Interview einst als ‚faule Säcke‘ bezeichnet hat“, sagte Seefried. Er betonte, die CDU-Fraktion distanzieren

sich ausdrücklich von solchen Parolen. „Mit unserem Antrag setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeit und das Engagement unserer Lehrer wertgeschätzt werden. Denn genau wie die Lehrerverbände sind auch wir der Meinung: So geht es nicht, Rot-Grün.“ Während der Debatte demonstrierten vor dem Niedersächsischen Landtag tausende von Lehrerinnen und Lehrern gegen die rot/grüne Schulpolitik.

Missbrauch von Werkvertragsarbeitern – CDU legt Gesetzentwurf vor

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Björn Thümler, wirft der Landesregierung beim Thema Werkverträge Untätigkeit vor. „Es reicht nicht, die unhaltbaren Zustände in manchen Unterkünften zu kritisieren – man muss auch handeln“, sagte Thümler im Rahmen der Plenardebatte. „Bis heute hat es die Landesregierung nicht geschafft, einen rechtssicheren Weg zur Verbesserung der Unterbringung von Werkvertragsarbeitern vorzulegen. Das ist ein Armutszeugnis.“ Den gesetzlichen Mindestlohn als Allheilmittel zu propagieren, sei pure Wahlkampfaktik. „Der Mindestlohn allein ist noch kein Garant dafür, dass sich bei den Arbeits- und Wohnbedingungen etwas verbessert.“ Der CDU-Fraktionschef mahnte, das Thema sei zu ernst, um damit Wahlkampf zu machen.

Die CDU habe mit ihrem Gesetzentwurf einen Weg aufgezeigt, die Wohnmissstände rechtssicher abzustellen. „Um Überbelegungen und menschenunwürdige Wohnbedingungen zu verhindern, brauchen wir einheitliche wohnliche Mindeststandards und verbesserte Kontrollmöglichkeiten für die Bauaufsichtsbehörden. Beides sieht unser Entwurf vor“, so Thümler. Ein schlichter Erlass, wie ihn die Landesregierung derzeit erwäge, sei im Vergleich dazu ein stumpfes Schwert, zumal er hinter den bereits angewandten Standards der

Landkreise Vechta, Cloppenburg und Emsland deutlich zurückbleibt.

Kein unkoordinierter Neustart des Verfassungsschutzes – -einseitige Ausrichtung auf Rechtsextremismus ist gefährlich

Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Adasch, hat Innenminister Pistorius im Rahmen der Plenardebatte aufgefordert, den angekündigten Neustart des Verfassungsschutzes zu überdenken. „Für den Innenminister scheint nur festzustehen, dass der Verfassungsschutz neu aufgestellt werden soll. Über das Wie hat er sich bislang offensichtlich wenig Gedanken gemacht“, kritisierte Adasch. Noch immer sei nicht bekannt, wie die Kommission für den Neustart aussehen werde. „Klar scheint nur: die Opposition soll daran nicht beteiligt werden.“ Im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes hatte Präsidentin Maren Brandenburger erklärt, die Vorschläge der Personen, die der Kommission angehören sollen, würden paritätisch von SPD und GRÜNEN besetzt. Adasch: „Das ist undemokratisch und absolut inakzeptabel.“ Die Pläne der Landesregierung und das unkoordinierte Vorgehen würden für unnötige Verunsicherung sorgen.

Es sei unbestritten, dass vor dem Hintergrund der Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses dringender Reformbedarf bestehe. „Wir brauchen einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. Vor allem die Koordination zwischen Bund und Ländern muss dringend verbessert werden“, betonte Adasch. Eine einseitige Ausrichtung auf den Rechtsextremismus, wie sie derzeit von der Landesregierung betrieben werde, sei jedoch gefährlich. „Die jüngsten Anschläge auf die Wurmbergseilbahn und der Bundeswehr zeigen deutlich, dass der Extremismus vielfältige Erscheinungsformen hat“.

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT**Kommission stärkt
Verbraucherrechte**

Rechtzeitig zu Beginn der Ferienzeit hat die KOM am 09.07. eine Modernisierung der EU-Vorschriften über Pauschalreisen vorgeschlagen, um Urlaubern einen besseren Schutz zu ermöglichen. Bisherige Grundlage für den Schutz von Ferienreisenden in der EU ist die Pauschalreise-RL von 1990 (90/314/EWG). Durch die Schutzvorschriften der bestehenden Richtlinie wird u. a. gewährleistet, dass die Reiseveranstalter bestimmte Informationsanforderungen erfüllen müssen und für die Erbringung der Reiseleistungen haften. Konkret müssen sie sicherstellen, dass sämtliche im Pauschalarrangement enthaltenen Leistungen (wie Flug oder Hotelzimmer) dem geforderten Standard entsprechend erbracht werden. Außerdem haben Urlauber Anspruch auf Erstattung etwaiger Anzahlungen oder Rückreise, wenn ein Reiseveranstalter in Konkurs geht. Mit der Reform reagiert die KOM auf einen grundlegenden Wandel des Reise-markts: Urlauber stellen ihr Urlaubsprogramm immer häufiger nach ihrem persönlichen Bedarf zusammen und greifen dabei zunehmend u. a. auf das Internet zurück, um Reisearrangements miteinander zu kombinieren, anstatt vorab festgelegte Pauschalreisen aus Katalogen zu bestellen. Mit der vorgeschlagenen Aktualisierung soll die RL vor allem an das digitale Zeitalter angepasst werden. Damit werden die dort enthaltenen Verbraucherschutzbestimmungen auch auf die rd. 120 Millionen Verbraucher ausgeweitet, die solche individuellen Reisearrangements erwerben. Zudem wird der Verbraucherschutz durch größere Transparenz und strengere Regeln weiter ausgebaut. Auch die Unternehmen werden von der neuen Regelung profitieren, da die KOM veraltete Informationsan-

forderungen wie die Pflicht zum Nachdruck von Katalogen abschaffen und die grenzübergreifende Anerkennung der einzelstaatlichen Insolvenzschutzsysteme gewährleisten will. Die Reform geht auf umfassende Konsultationen zurück. Bereits im November 2009 leitete die KOM eine öffentliche Konsultation zur Neufassung der Richtlinie ein. Dabei wurden die verschiedenen Möglichkeiten erörtert, wie die Mängel der bestehenden Vorschriften über Pauschalreisen behoben werden können.

**Besserer Schutz
für Kleinanleger**

Mit einer Änderung bestehender Rechtsvorschriften sollen Kleinanleger von Investmentfonds besser vor Risiken geschützt werden. Hierzu werden mit der am 03.07. vom Plenum beschlossenen Richtlinie Haftungs- und Vergütungsfragen geregelt. Ergänzt werden die neuen Bestimmungen durch Sanktionsregelungen. Die beschlossenen Änderungen sind noch Gegenstand von Verhandlungen mit dem Rat.

**Besserer Zugang
für Blinde zu Literatur**

Die Kommission begrüßt die erzielte Einigung der Welturheberrechtsorganisation (WIPO), die den Zugang zu Literatur in Blindenschrift regelt. Auf einer Konferenz in Marrakesch, an der die Kommission teilnahm, wurden wichtige Ausnahmen für Sehbehinderte vom Urheberrecht beschlossen. Damit ist es möglich, dass Werke für Sehbehinderte z.B. in Brailleschrift erstellt und auch grenzüberschreitend verbreitet werden dürfen, ohne die Zustimmung der Rechteinhaber einholen zu müssen. Vertreter von Blindenorganisationen hoffen nun, dass die Anzahl und Verbreitung von Werken in Blindenschrift deutlich zunehmen wird.

**Verstärkte Kooperation der
MS zur Eindämmung der
Schwarzarbeit in der EU**

Die KOM hat am 04.07. eine Konsultation der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu möglichen EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von nicht angemeldeten Erwerbstätigkeiten ("Schwarzarbeit") durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Steuer- und Sozialbehörden der MS eröffnet. "Nicht angemeldete Erwerbstätigkeit" bezeichnet bezahlte Tätigkeiten, die den staatlichen Behörden nicht gemeldet werden, aber keinen Gesetzesverstoß darstellen. In den einzelnen MS gibt es dazu sehr unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen. Der Umfang der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit lässt sich nur sehr schwer ermitteln. Nach Schätzungen liegt der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP der EU zwischen 7% und 16%. Mit der Konsultation wird die Kommission ihre politischen Ziele zur Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit, wie sie im Beschäftigungspaket von 2011 niedergelegt sind, leichter umsetzen können. Die Umwandlung von informeller Arbeit oder nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis soll zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. In ihren 2012 vorgelegten Maßnahmen zur Beschäftigung weist die Kommission darauf hin, wie wichtig eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich nicht angemeldete Erwerbstätigkeit ist, und fordert, auf EU-Ebene ein Forum für Arbeitsaufsichts- und andere Durchsetzungsbehörden einzurichten, um gegen Schwarzarbeit vorzugehen. Vorgesehen ist eine entsprechende Initiative zu dieser Problematik, die in der zweiten Jahreshälfte 2013 angenommen werden soll. Die konsultierten Organisationen können bis zum 20.09. ihre Stellungnahmen übermitteln.

UNTERWEGS IM WAHLKREIS – SOMMERTOUR 2013

Sie ist inzwischen zu einer festen Institution geworden: Meine Sommertour durch meinen Wahlkreis. Jedes Jahr, während der sitzungsfreien Wochen des Niedersächsischen Landtages, besuche ich unterschiedliche Menschen, Vereine, Institutionen und Firmen. So auch in diesem Sommer. Meine Termine waren so einzigartig wie der Heidekreis selbst. Nachfolgend möchte ich Ihnen einige Stationen auf meiner Reise etwas näher erläutern:



Besuch des Munitionsdepots

Erstmals besuchte ich das Munitionsdepot in Beetenbrück. Ich war sehr beeindruckt von den Vorgängen, die hinter den Toren des an der L190 gelegenen Komplexes vor sich gehen. Gemeinsam mit dem stellv. CDU GV-Vorsitzenden Rainer Pätzold ließ ich mich von Hauptmann Christof Theunissen und Leutnant Berner über die Aufgaben des Depots informieren.



In den Heidewerkstätten

Durch meine Arbeit in einer Einrichtung für körper- und schwer mehrfachbehinderte Kinder in Hannover – Anderten liegt mir das Wohl von Kindern und behinderten Menschen besonders am Herzen.

Beim Besuch der Heidewerkstätten freute es mich zu sehen mit welchem Engagement die Beschäftigten ihrer Arbeit nachgehen. Natürlich nutzten sie auch die Gelegenheit, um mich kennenzulernen und mir einige Fragen zu stellen.



Rundgang durch die Kita Dorfmark

In diesem Zusammenhang machte ich auch in der Kita Dorfmark Halt. Leiterin Birgit Mayburg berichtete Bürgermeister Rainer Schmuck, Sabine Jung, Heinz Homann und mir vom Um- und Erweiterungsbau des städtischen Kindergartens. Im Mittelpunkt stand der Anbau einer Krippengruppe. Nun stehen weitere 15 Plätze für die Jüngsten zur Verfügung.



Im Gemischtwarenladen der Familie Rotermund

Einen der letzten „Tante-Emma-Läden“ besuchte ich in Ahlden. Dort führen Werner Rotermund und sein Sohn Thorsten bereits in der 5. Generation den Gemischtwarenladen, der in zwei Jahren sein 125jähriges Bestehen feiert. Von Lebensmitteln und Haushaltswaren über Geschenkartikel, Zeitungen und Blumen bis hin zu regionalen Spezialitäten – bei „Lebensmittel Rotermund“ bekommt man

alles. „Und was wir nicht haben, braucht man auch nicht“, lautet die Devise von Werner Rotermund.



Beim Automobilzulieferer ITW in Hodenhagen

Beim Automobilzulieferer ITW in Hodenhagen informierte ich mich zusammen mit CDU Gemeindeverbandsvorsitzendem Günther Drewe über die Produktionsabläufe. „General Manager“ Elisabeth Finkbeiner erklärte uns, dass die 10.000 m² große Produktionsstätte mit seinen 140 Mitarbeitern, im letzten Jahr erweitert wurde und auf die Produktion von Kunststoffteilen für Sicherheitsgurte weltweit spezialisiert ist.



Wanderung durch die Eibia

Den Abschluss der Sommertour bildete ein Rundgang durch die Eibia in Bomlitz. Unter fachkundiger Führung von Horst Stumkat erfuhren die über 50 Teilnehmer und ich interessante Geschichten rund um die Pulverherstellung. Nach der dreistündigen Wanderung ließen wir den Nachmittag bei Kaffee und Kuchen im Schützenhaus in Borg ausklingen. **Die Sommertour 2014 ist bereits in Planung!**